

II-119 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesIX. Gesetzgebungsperiode

11.4.1962

251/A.B. A n f r a g e b e a n t w o r t u n g
zu 260/J

des Bundesministers für Inneres A f r i t s c h
auf die Anfrage der Abgeordneten M i t t e r e r und Genossen,
betreffend Wiederbetätigung des verbotenen Weltfriedensrates.

Das Bundesministerium für Inneres beehrt sich, zu der von den Herren Abgeordneten MITTERER, MACHUNZE, PRINKE und Genossen in der Sitzung des Nationalrates vom 21. März 1962 an den Bundesminister für Inneres gerichteten Anfrage, betreffend Wiederbetätigung des verbotenen Weltfriedensrates nachstehendes mitzuteilen:

Das Bundesministerium für Inneres hat mit Bescheid vom 1. Februar 1957, Zahl 23.862-4/57, den im Juni 1955 mit dem Sitz in Wien gebildeten Verein "Sekretariat des Weltfriedensrates" gemäss § 24 Vereinsgesetz aufgelöst. Der Verein hatte sich u.a. zur Aufgabe gemacht, die Resolutionen, Empfehlungen und Beschlüsse, die bei den Tagungen des Weltfriedensrates gefasst werden, zu veröffentlichen, zu verbreiten, zu erläutern und zu publizieren. Da die genannten Enuntiationen des Weltfriedensrates in der Folge eine höchst einseitige Stellungnahme zu weltpolitischen Vorgängen erkennen liessen, geriet die Tätigkeit des Vereines "Sekretariat des Weltfriedensrates", der eben diese Enuntiationen von Österreich aus dauernd auch im Ausland verbreitete, in Gegensatz zum deklarierten Willen Österreichs, mit allen Staaten friedliche Beziehungen zu unterhalten. Im Hinblick auf seinen ständigen Sitz in Österreich musste die Tätigkeit des Vereines "Sekretariat des Weltfriedensrates" den Anschein erwecken, als ob dessen auch ins Ausland wirkendes Eintreten für die einseitigen Ziele des Weltfriedensrates von Österreich gebilligt oder zumindest geduldet würde. Da dies weder den Tatsachen entsprach, noch mit den Interessen der Republik Österreich zu vereinbaren war, erging der eingangs zitierte Auflösungsbescheid, zu dem sich das Bundesministerium für Inneres nach wie vor mit aller Entschiedenheit bekennt. Der Bescheid wurde bis heute nicht aufgehoben. Das Bundesministerium für Inneres wird jeder unerlaubten Fortsetzung der Tätigkeit des aufgelösten Vereines mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

251/A.B.

- 2 -

zu 260/J

Die in der Zeit vom 17. bis 19. März 1962 in Wien stattgefundene Besprechung von Mitgliedern des sogenannten "Präsidiums des Weltfriedensrates", das in Österreich keinerlei Rechtspersönlichkeit genießt, war eine nicht öffentliche, auf einen relativ kleinen Kreis von geladenen Gästen beschränkte Zusammenkunft. Für ein behördliches Einschreiten gegen diese Zusammenkunft bestand keine gesetzliche Grundlage. Unterlagen, die in diesem Zusammenhang für die Erstattung von Anzeigen im Sinne der §§ 297 und 298 des Strafgesetzes ausgereicht hätten, liegen dem Bundesministerium für Inneres nicht vor.

Sollte eine Organisation, welcher Art auch immer, gegen die Neutralität Österreichs verstossen oder ein rechtswirksam aufgelöster Verein sich unerlaubt wiederbetätigen, werden vom Bundesministerium für Inneres unverzüglich gegen sie die notwendigen Massnahmen ergriffen werden.

-.-.-.-.-